

Austerität versus Stabilisierung und Nachfragebelebung durch den Sozialstaat¹

1. Einleitung	64
2. Sparpolitik meint Rückbau des Sozialstaats	65
3. Wachstum durch Sparen und Rückbau des Staats: ein politischer Trugschluss	71
4. Ein falscher wissenschaftlicher Unterbau	78
5. Sozialstaat als Garant für (wirtschaftliche) Stabilität	84
6. Öffentliche Investitionen für mehr Wachstum	88
7. Fazit und Diskussion	90

*Philipp
Gerhartinger*

*Mitarbeiter der
Abteilung für Wirtschafts-, Sozial- und
Gesellschaftspolitik
der Arbeiterkammer
Oberösterreich*

Auszug aus WISO 1/2015

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@isw-linz.at

Internet: www.isw-linz.at

1. Einleitung

*falsche Krisen-
interpretation
und folglich fal-
sche Reaktionen*

Die europäischen Sozialstaaten sind in den Jahren der Krise massiv unter Beschuss geraten. Dem ihnen attestierten „überbordenden“ Ausmaß wurde die massive Staatsverschuldung angelastet, welche tatsächlich anderen Faktoren, wie z.B. der schlechten Konjunktur mit all ihren Folgen auf Staatseinnahmen und -ausgaben, der verfehlten Krisenpolitik von EU-Kommission und europäischer Zentralbank und den riesigen Bankenrettungspaketen, zuzuschreiben ist. Die politische Schlussfolgerung war die vermeintliche Notwendigkeit zum Rückbau des Staates und mit ihm der sozialen Sicherheit. Neben den offensichtlichen Beispielen wie Griechenland zeigen auch die österreichischen Sparpakete eindrucklich, dass ArbeitnehmerInnen von der Kürzungspolitik überdurchschnittlich stark betroffen waren. Und das, obwohl sie die Krise nicht verursacht hatten. Vermögende waren demgegenüber, entgegen den vielfachen Behauptungen, nicht besonders von der Krise betroffen.

*neoliberale
Politik zerstört
stabilisierenden
Sozialstaat*

Bei den Reaktionen auf die Krise handelt es sich um eine verheerende politische Fehlentscheidung, die auf der neoliberalen Ideologie der maßgebenden AkteurInnen beruht. Tatsächlich ist ein gut ausgebauter Sozialstaat ein Garant für eine gedämpfte Wirkung konjunktureller Krisen. So war Österreich zum Beispiel gerade wegen seiner gut ausgebauten automatischen Stabilisatoren, aber auch wegen zahlreicher außertourlicher Krisenmaßnahmen (so genannter diskretionärer Maßnahmen), nicht so stark von der Krise betroffen wie andere Länder innerhalb der Europäischen Union. Generell lässt sich festhalten, dass gut ausgebaute Sozialstaaten besser durch die Krise gekommen sind. Das bedeutet natürlich auch gerade in der aktuellen Situation, dass weitere Mittel der öffentlichen Hand notwendig sind, um Europa aus der Krise zu führen und allem voran die prekäre Lage am Arbeitsmarkt – mit fast monatlich neuen Höchstständen an arbeitslosen Menschen – zu verbessern. Der Sozialstaat muss gestärkt, nicht geschwächt werden; ein Befund, der vor dem Hintergrund der österreichischen Debatte um eine Lohnsteuerreform und der politischen Uneinigkeit hinsichtlich deren Finanzierung zwar nicht neu (vgl. etwa Csoka 2012), jedoch von höchster Brisanz ist.

Der vorliegende Artikel folgt in seiner Argumentation folgendem Aufbau: In Abschnitt 2 wird ganz grundlegend erläutert, wie die

aktuell betriebene Sparpolitik sich auf den Sozialstaat auswirkt bzw. ausgewirkt hat und was genau mit Sparpolitik bzw. Austeritätspolitik zu verbinden ist. Abschnitt 3 thematisiert, inwiefern die Kürzung von Staatsausgaben („Sparpolitik“) und der damit verbundene Rückbau des Staates eben nicht zu mehr Wachstum führt. Abschnitt 4 erläutert, dass den falschen politischen Entscheidungen auch falsche wissenschaftliche Befunde zugrunde liegen, und versucht Befunde zu objektivieren. Abschnitt 5 erläutert schließlich, warum ein Sozialstaat – ganz im Gegenteil zur verbreiteten Meinung – als Garant für wirtschaftliche Stabilität angesehen werden muss. Abschnitt 6 erläutert, wie neben einer aktiven Sozialpolitik auch ein weiter gefasster aktiver Staat in Form von wohlüberlegten öffentlichen Investitionen zu mehr Wachstum führen kann. Abschließend stellt Abschnitt 7 die Argumentation nochmals zu einer gesammelten Diskussion und zieht daraus ein Fazit.

2. Sparpolitik meint Rückbau des Sozialstaats

Das Thema „Sparen“ ist ein Thema, welches in der öffentlichen Auseinandersetzung selten auf den wesentlichen Punkt gebracht wird. „Sparsamkeit“ ist ein weithin positiv konnotierter Begriff. Selbstverständlich muss auch die öffentliche Hand sparsam, also effizient mit öffentlichen Mitteln umgehen. Davon zu unterscheiden ist jedoch eine Spar- bzw. Austeritätspolitik, die weniger auf Effizienz als auf die Kürzung von Staatsausgaben als Selbstzweck abzielt. Leider wird zwischen „Sparsamkeit“ und „Sparen“ selten differenziert. Wird beispielsweise danach gefragt, ob der Staat mehr sparen soll, tendiert die breite Meinung dazu, dies unreflektiert zu befürworten. Neben dem positiv konnotierten Begriff der „Sparsamkeit“ hierfür mitverantwortlich sind auch Metaphern wie jene der vorbildlichen schwäbischen Hausfrau, die nicht mehr ausgibt, als sie zur Verfügung hat. Eine derartig irreführende Analogie zwischen privaten Haushalten und der öffentlichen Hand schuf auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, die sich der Metapher der „schwäbischen Hausfrau“ bediente. Pühringer (vgl. 2014 oder auch Pühringer/Hirte 2014) verdeutlicht, wie gerade in Zeiten der Krise Bilder und Metaphern, wie jenes der schwäbischen Hausfrau, von konservativen politischen AkteurInnen benutzt wurden und werden, um den öffentlichen Diskurs (im Sinne der neoliberalen Doktrin) zu prägen.

*Differenzierung
zwischen Sparen
und Sparsamkeit
notwendig*

*Bilder und Me-
taphern prägen
den Diskurs*

Zentraler als die Frage danach, ob gespart werden soll, ist die Frage, wie bzw. bei wem gespart werden soll. Und dabei zeigt sich z.B. gerade aktuell an dem Ergebnis der Parlamentswahlen in Griechenland, dass, wenn erst einmal klar ist, wo gespart wird, eine vehemente Sparpolitik nicht mehr mehrheitlich befürwortet wird, oder eben – wie in Griechenland der Fall – klar abgewählt wird. Der öffentliche metaphorische Diskurs zur Spar- und Austeritätspolitik thematisiert jedoch selten die Frage der Leidtragenden. Die „Notwendigkeit“ der europaweiten Sparpolitik wird zumindest in vielen österreichischen Leitmedien viel zu unreflektiert diskutiert.

*Austeritätspolitik
trifft die breite
Masse, ...*

Fakt ist, dass meist bei den breiten Massen gespart wird. Vermögende und (Groß-)Unternehmen leisten vielfach nur einen geringen Beitrag. Dies wird auch dadurch ermöglicht, dass die öffentliche Argumentation selten entlang der Kaufkraft verläuft, sondern meist entlang des Angebots an Arbeitsplätzen. So ist in den Medien wie auch von Seiten konservativer (politischer) Kräfte immer wieder davon die Rede, dass Unternehmen der Weg möglichst geebnet werden müsse, damit diese neue Arbeitsplätze schaffen bzw. die bisherigen Arbeitsplätze nicht abziehen und über nationale Grenzen hinweg verlagern, wo den Bedingungen der Unternehmen besser entsprochen werde. Sparen dürfe deshalb nicht bei den Unternehmen ansetzen (z.B. in Form höherer Unternehmenssteuern oder der Streichung von Subventionen), so die Argumentation konservativer Kräfte. Dass aber die Unternehmen volkswirtschaftlich betrachtet zur Schaffung von Arbeitsplätzen auch auf die Kaufkraft ihrer ArbeitnehmerInnen angewiesen sind, wird häufig ausgeblendet. Wenn also die Sparpolitik bei der breiten Masse ansetzt, hat das neben den sozialen vor allem auch drastische volkswirtschaftliche Folgen, wie in den folgenden Abschnitten gezeigt wird. In Unterpunkt 2.1 verdeutlichen jedoch vorab ausgewählte Zahlen u.a. zur Verteilungswirkung des letzten größeren Sparpakets in Österreich nach Bevölkerungsgruppen, wer die Sparlast der Austeritätspolitik im Zuge der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise überwiegend zu tragen hat und hatte. Meist – so wird deutlich – geht es um den Rückbau des Sozialstaates.

*... senkt die
Kaufkraft der Ar-
beitnehmerInnen
und somit die
volkswirtschaftliche
Entwicklung*

2.1 Bei wem wird gespart?

Die Auswirkungen der strengen Sparbemühungen in Europa

wurden in den vergangenen Krisenjahren vor allem anhand der Entwicklungen in den südlichen Ländern Europas nur zu deutlich sichtbar. Es waren unter anderem Länder wie Spanien, Italien oder eben auch Griechenland, die basierend auf den Vorgaben der Troika und unter dem Titel der „Strukturanpassung bzw. Strukturreform“ massive Sparprogramme durchsetzen mussten, um weiterhin unter dem „Schutzschirm“ der Eurostaaten bleiben zu können und nicht von ihren Hilfsprogrammen ausgeschlossen zu werden. Es handelt sich hierbei um eine Politik, wie sie vom Internationalen Währungsfonds (der ja neben der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank eines der entscheidenden Mitglieder der Troika darstellt) und der Weltbank – in Berufung auf den Washington Consensus² – bereits seit Jahrzehnten betrieben wird und wurde (vgl. Stiglitz 2004). Bislang beschränkte sich diese Politik jedoch auf Staaten jenseits der westlichen Industrienationen. Erstmals nahm sie Einzug nach Europa und plötzlich sahen sich Eurostaaten wie Griechenland mit einer Situation konfrontiert, die sie ihrer nationalstaatlichen Souveränität in weiten Teilen ihrer Budgetpolitik beraubte. So kam es z.B. in Griechenland durch die strengen Auflagen der Troika zu massiven Einschnitten im Bereich der Altersvorsorge (Kürzungen von bis zu 30 Prozent, Streichung von Sonderzahlungen und Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters), tiefen Einschnitten ins Sozialsystem (wie etwa der Senkung des Arbeitslosengeldes), drastischem Stellenabbau und Gehaltseinbußen im öffentlichen Dienst, Beschränkungen der öffentlichen Mittel für Gesundheit (z.B. der Kürzung des Gesundheitsetats von 24 auf 16 Milliarden Euro im Jahr 2009, der Beschränkung der staatlichen Gesundheitsausgaben auf derzeit 6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, der Schließung vieler öffentlicher Krankenhäuser sowie der Erhöhung von Selbstbehalten und der Ausgabe von Medikamenten nur gegen Barzahlung) sowie zu schwerwiegenden Eingriffen in die Rechte der ArbeitnehmerInnen (unter anderem wurde das Kollektivvertragssystem zerschlagen, Mindestlöhne wurden drastisch gekürzt, Arbeitszeiten verlängert und atypische Beschäftigung ausgeweitet) (vgl. Arbeiterkammer OÖ 2015). Die fallende private und öffentliche Nachfrage, die unmittelbare Folge der Sparpolitik war, führte in weiterer Folge dazu, dass die Wirtschaftsleistung zwischen 2008 und 2013 um ein Viertel (von 242 auf 182 Milliarden Euro) einbrach, und darüber hinaus kostete sie hunderttausenden Menschen ihren

Zwang zur „Strukturanpassung“ nimmt Einzug nach Europa ...

... und unterminiert nationalstaatliche Souveränität

Sparpolitik ist Angriff auf den Sozialstaat

*Austeritäts-
politik verfehlt
ihre Ziele*

Arbeitsplatz (die Zahl der arbeitslosen Menschen stieg zwischen 2007 und 2013 von rund 418.000 auf rund 1,3 Millionen). Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der drastischen Kürzungen ist 2013 mehr als ein Drittel der GriechInnen von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Das angepeilte Ziel der Entschärfung der Schuldsituation, womit all die drastischen Maßnahmen begründet wurden, gelang jedoch mitnichten. Im Gegenteil: Die Schulden wiegen aufgrund der schrumpfenden Wirtschaft immer schwerer (vgl. Arbeiterkammer OÖ 2015). Die Staatsschulden in Prozent der Wirtschaftsleistung stiegen von 103 Prozent 2007 auf 175 Prozent 2013 (vgl. Eurostat 2015b). Auch Hermann und Hinrichs (vgl. 2012) zeigen in einer umfassenden Studie die Auswirkungen der Finanzkrise auf Sozialstaaten.

*neoliberale
europäische
Wirtschaftspolitik
manifestiert re-
striktives fiskali-
sches Regelwerk*

Aber nicht nur in den südlichen Staaten Europas wurden Spar- bzw. Kürzungsprogramme festgesetzt, deren hauptsächliche Leidtragende relativ leicht ersichtlich sind. Auch Österreich sah sich im Jahr 2012 – aufgrund der selbst auferlegten EU-Budgetrestriktionen – gezwungen, auf ein kurz zuvor plötzlich prognostiziertes „Budgetloch“ mittels massiver Sparmaßnahmen zu reagieren; obgleich die Drastik und das Ausmaß der Sparpolitik nicht mit jener bzw. jenem in Griechenland vergleichbar sind. Die unmittelbaren Reaktionen auf negative konjunkturelle Entwicklungen mittels Sparpaketen jedenfalls werden in den kommenden Jahren eher zur Regel denn zur Ausnahme werden. Das betrifft nicht nur die südlichen Staaten Europas, sondern u.a. auch zentraleuropäische Staaten wie Österreich. Denn das verabschiedete restriktive fiskalische Regelwerk der neoliberalen europäischen Wirtschaftspolitik (Fiskalpakt, Sixpack, „Schuldenbremse“ usw.) lässt den Mitgliedsstaaten immer weniger Spielraum in ihren nationalen Budgets. Anfänglich hatte die EU-Kommission, trotz der Budgetregeln aus dem Maastricht-Vertrag der Europäischen Union 1997 (maximale Defizitquote von 3 Prozent des BIP und Ziel eines ausgeglichenen Budgets, Grenze der Brutto-Verschuldung von maximal 60 Prozent des BIP), zumindest noch keine Eingriffsmöglichkeiten in nationale Budgetpolitiken. Dennoch werden bereits diese Regelungen als wissenschaftlich wenig begründet angesehen (vgl. Angelo et al. 2004 oder Schulmeister 2012). Verschärft wurde die Situation jedoch in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise durch den im März 2012 verabschiedeten Vertrag über Stabilität, Koordinierung

und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (kurz Fiskalpakt). Im Rahmen dieses EU-Fiskalpakts wurden eine „europäische Schuldenbremse“ und ein automatischer Austeritätsmechanismus in den nationalen Rechtsordnungen verankert (vgl. Oberndorfer 2012). Das strukturelle Haushaltsdefizit darf nunmehr (mit wenigen Ausnahmen) höchstens 0,5 Prozent des BIP betragen (Defizitkriterium) und jene Staatsschuld, die über 60 Prozent des BIP liegt, muss jährlich um ein Zwanzigstel der Differenz zwischen der aktuellen Schuldenquote und dem Zielwert von 60 % abgebaut werden (Schuldenkriterium) (vgl. Schulmeister 2012). Abweichungen von diesem Haushaltsziel oder Nichteinhaltung des entsprechenden Anpassungspfades lösen einen automatischen Korrekturmechanismus aus, was auch demokratiepolitisch als höchst problematisch anzusehen ist (vgl. Oberndorfer 2012). Schulmeister (vgl. 2012) attestiert dem Fiskalpakt, dass er die Bekämpfung von Wirtschaftskrisen kaum noch möglich mache und dass dem europäischen Sozialstaat hierdurch eine langsame Demontage drohe.

Auch basierend auf den strengeren Budgetrichtlinien verabschiedete Österreich in Folge des prognostizierten „Budgetlochs“ im Jahr 2012 ein Stabilitätspaket, welches im Folgenden hinsichtlich seiner Verteilungswirkung analysiert wird³. Tabelle 1 zeigt, dass das gesamte Volumen dieses Sparpakets in der Höhe von 20 Milliarden Euro zwischen 2013 und 2016 zu mehr als 60 Prozent von ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und privaten Haushalten insgesamt zu tragen war. Den ArbeitgeberInnen, Unternehmen, LandwirtInnen, SpitzenverdienerInnen sowie Vermögenden ist demgegenüber nur ein Anteil von weniger als einem Viertel der Sparbemühungen abverlangt worden. Ein Rest von 15 Prozent der Sparbemühungen konnte keiner dieser beiden Gruppen zugeordnet werden (auch, weil Teile davon höchst unklare Maßnahmen umfassen, die von den Bundesländern zu treffen sind bzw. waren). Die Sparbemühungen im Bereich der ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen umfassten Kürzungen wie z.B. Einsparungen im Gesundheitsbereich, niedrigere Pensionsanpassungen, Änderungen beim Schulungsarbeitslosengeld oder Verschärfungen bei der Korridor pension und beim Tätigkeitsschutz – alles Maßnahmen, die Einschnitten im Bereich des Sozialstaats bzw. im Bereich der sozialen Sicherheit gleichkommen.

*Arbeitnehmer-
Innen auch in
Österreich
primär von
Sparpolitik
betroffen*

Tabelle 1: Einsparungsmaßnahmen im Zuge des österreichischen Stabilitätspakets 2012 nach Betroffenengruppen und Sparsbereich (kumuliert 2013-2016, in 1.000 Euro)

	ArbeitnehmerInnen	PensionistInnen ⁱ	Haus-halte	Wirtschafts-treibende ⁱⁱ	Reiche ⁱⁱⁱ	Sonstige ^{iv}	Summe
Steuererhöhungen			160	2.795	760	1.330	5.045
Arbeitsmarkt	679			470			1.149
Pensionen	100	3.533		857			4.490
Öffentlicher Dienst ^v	2.325						2.325
Struktureffekte ^{vi}		1.664		-84			1.580
Gesundheit			3.400				3.400
Länder ^{vii}						1.620	1.620
Summe	3.104	5.197	3.560	4.038	760	2.950	19.609
Bereichssumme	11.861	4.798	2.950				
	60,5%	24,5%	15%	100%			

Quelle: Eigene Berechnungen³; die Tabelle bezieht sich auf die zum damaligen Zeitpunkt angekündigten Maßnahmen und deren Ausmaß. Was tatsächlich davon umgesetzt wurde, bleibt unklar; Erläuterungen: ⁱInklusive zukünftiger PensionistInnen; ⁱⁱArbeitgeberInnen (inkl. Konzerne), UnternehmerInnen und LandwirtInnen; ⁱⁱⁱVermögende und SpitzenverdienerInnen; ^{iv}Vorsteuer Vermietung; ^vinkl. ÖBB; ^{vi}Struktureffekte bei Pensionen, abzüglich Investitionen am Arbeitsmarkt zur Förderung der Beschäftigung Älterer, die in Folge zu den Struktureffekten bei den Pensionen führen sollen; ^{vii}Kürzung der Ermessensausgaben und Verwaltungsreform

Sparen meint Rückbau des Sozialstaats

Mit der Diskussion der Verteilungseffekte und maßgebend Leidtragenden von Sparpaketen, Stabilitätspaketen und Sparpolitik im Allgemeinen sollte verdeutlicht werden, dass „Sparen“ in weiten Teilen mit einem Rückbau des Sozialstaats einhergeht, worauf in den folgenden Abschnitten des Artikels noch öfter Bezug genommen wird. Gerade ärmere Bevölkerungsschichten, aber auch ganz generell alle ArbeitnehmerInnen sind also besonders betroffen.

Eine von diesen Tatsachen losgelöste Debatte erscheint verfehlt, zumal sich auch – neben den sozialen Härtefällen – volkswirtschaftlich betrachtet unterschiedliche Effekte ergeben, je nachdem, ob reichere oder ärmere Bevölkerungsschichten von einer Sparpolitik maßgebend betroffen sind. Eine Studie des WIFO (siehe Tabelle 2) hat gezeigt, dass gerade das untere

Einkommensdrittel besonders sensibel mit seinem Konsum auf Änderungen im verfügbaren Einkommen reagiert. Diese Menschen weisen eine marginale Konsumneigung von 80 Prozent auf, das heißt von jedem zusätzlich verfügbaren Euro verwenden sie 80 Cent für den Konsum. Demgegenüber weist das oberste Einkommensdrittel nur eine Konsumneigung von 40 Prozent auf. Sind von Spar- und Kürzungsmaßnahmen also untere Einkommensgruppen stärker betroffen, sind auch gravierendere gesamtwirtschaftliche Nachfrageeffekte damit verbunden, mit all den daraus resultierenden negativen Folgen für die Volkswirtschaft.

Kürzungsmaßnahmen bei unteren Einkommen bewirken starken Nachfrageeinbruch

Tabelle 2: Kurzfristige marginale Konsumneigung nach Einkommensgruppen

Einkommensgruppe	Marginale
1. Terzil	0,8
2. Terzil	0,5
3. Terzil	0,4

Quelle: Wifo 2006

3. Wachstum durch Sparen und Rückbau des Staats: ein politischer Trugschluss

Neben der Frage, wo gespart wird bzw. wer die Sparlast trägt, lässt sich auch viel grundlegender hinterfragen, ob Sparen in der aktuellen wirtschaftspolitischen Situation überhaupt vonnöten ist bzw., ob Sparen und damit der Rückbau des Sozialstaats tatsächlich zu mehr Wachstum führt. Argumentativer Unterbau für einen Rückbau des Sozialstaats ist meist der beständige Mythos, dass ein ausgeprägter Sozialstaat das Wirtschaftswachstum hemme bzw. Sparprogramme sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken würden.

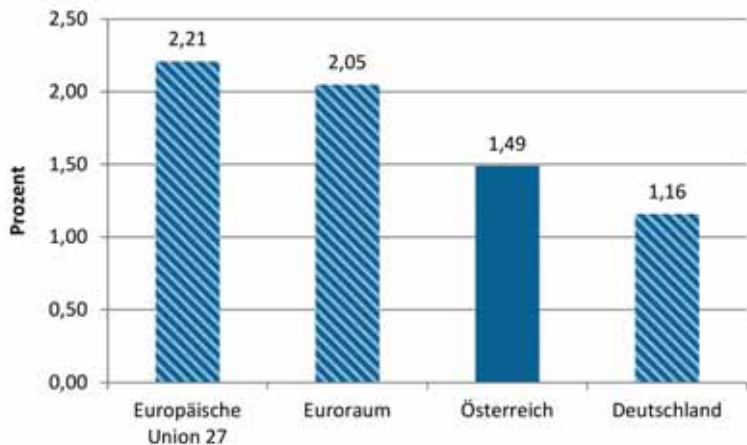
Diese Annahmen entbehren jedoch jeglicher Grundlage, wofür sich mehrere Belege finden lassen. Zu Beginn der folgenden sieben Unterabschnitte werden einige Argumente angeführt, die sich mit der „Notwendigkeit“ des Sparens beschäftigen, anschließend beziehen sich die Argumente auf die Frage nach den Wachstumseffekten des Sparens.

3.1 Öffentliche Refinanzierungskosten sind aktuell besonders niedrig

Schulden sind aktuell besonders leicht zu finanzieren

Gerade aktuell sind die Kosten, zu denen sich viele zentraleuropäische Staaten – und darunter auch Österreich – auf den internationalen Finanzmärkten (re)finanzieren können, besonders niedrig. Schulden sind also aktuell besonders leicht zu finanzieren. Grafik 1 zeigt, dass die Zinsen für 10-jährige Staatsanleihen im Jahr 2014 in Österreich bei nur 1,49 Prozent lagen. Damit liegt Österreich unterhalb des Durchschnitts in der Europäischen Union wie auch unterhalb des Durchschnitts im Euroraum. Deutschland konnte sich 2014 noch billiger (re)finanzieren.

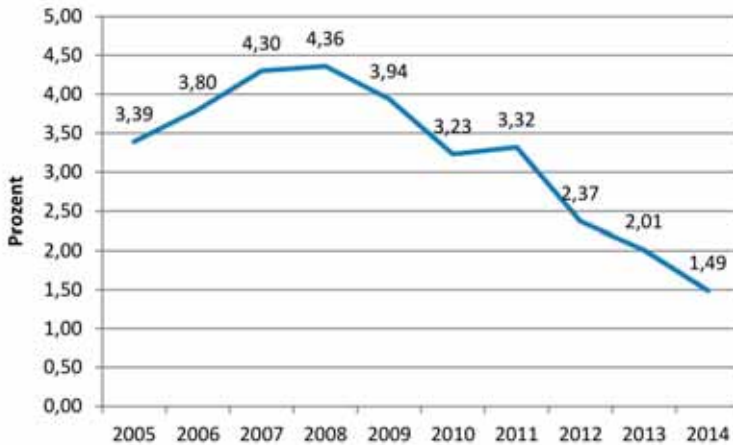
Grafik 1: Zinsen für 10-jährige Staatsanleihen 2014 (in Prozent)



Quelle: Eurostat 2015a

Die Entwicklung der Zinssätze für österreichische Staatsanleihen (siehe Grafik 2) verdeutlicht, dass diese seit Beginn der Krise 2008 massiv gesunken sind und sich aktuell auf einem Tiefstand befinden. Schulden bzw. Kredite waren für Österreich also schon länger nicht mehr so günstig zu finanzieren wie heute. Es drängt sich die Frage auf, warum aber gerade aktuell ein solch außerordentliches Augenmerk auf eine Verringerung der öffentlichen Verschuldung – auch in Österreich – gelegt wird.

Grafik 2: Zinsen für 10-jährige Staatsanleihen Österreich im Zeitverlauf (in Prozent)



Quelle: Eurostat 2015a

3.2 Investitionen müssen mittel- und langfristig betrachtet werden

Zudem muss erwähnt werden, dass Staatsausgaben nicht im Nirwana verschwinden. Stehen ihnen Investitionen gegenüber, führen diese direkt zu mehr Wirtschaftsleistung, sogenannten Zweitrundeneffekten (Multiplikatoreffekte). Dieser Anstieg wiederum spült Einnahmen in die Staatskassen. Insgesamt können zusätzliche Ausgaben damit mittelfristig eine positive Wirkung auf die Staatsfinanzen haben. Die meisten Investitionen machen sich also in der Zukunft bezahlt. Damit ist ein mittel- und langfristig vernünftiger Budgetpfad keineswegs an Sparen im Hier und Jetzt gebunden. Zusätzliche Ausgaben in den richtigen Bereichen können helfen, öffentliche Haushalte zu konsolidieren (Genauerer hierzu findet sich in den folgenden Abschnitten).

zusätzliche Ausgaben können helfen, das öffentliche Budget zu konsolidieren

Zudem muss auch erwähnt werden, dass sich große und langfristige Investitionen nur schwer ohne Kredite finanzieren lassen. Eine längerfristige Finanzierung steht auch einer längerfristigen Nutzungsmöglichkeit vieler Investitionen gegenüber. Künftige Generationen profitieren von langfristigen Investitionen wie Infrastrukturprojekten oder Bildungsausgaben. Sie auch an deren Finanzierung zu beteiligen, ist deshalb nicht grundsätzlich problematisch.

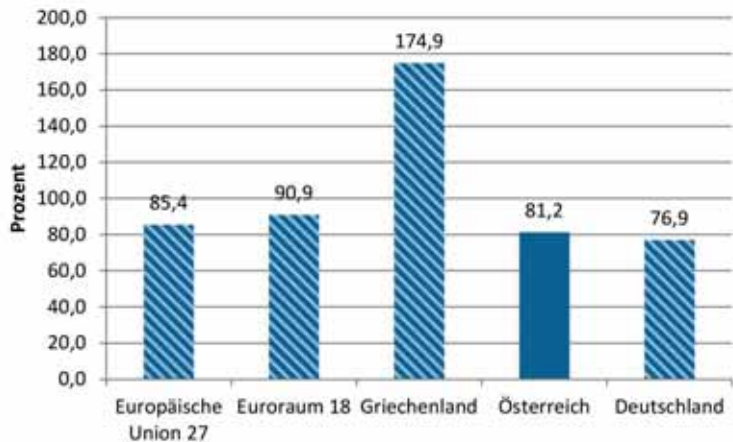
Staatsausgaben stehen langfristigen Investitionen gegenüber

3.3 Öffentliche vs. private Schulden

Öffentliche Schulden sind meist prozentuell betrachtet wesentlich geringer als viele privaten Schulden, denen langfristige Investitionen gegenüberstehen. Denkt man an die Anschaffung eines Eigenheims, sind dafür meist große Beträge erforderlich. Dem stehen jedoch auch langfristige Nutzungsmöglichkeiten gegenüber. Deshalb verschulden sich viele Menschen für die Anschaffung der eigenen vier Wände. Die Aufnahme von Hypothekarkrediten jenseits der € 100.000 ist dabei keine Seltenheit. Geht man von einem Jahresgehalt von netto € 35.000 aus (das sind brutto knapp € 57.000 bzw. über € 4.000 pro Monat und einem Kredit von € 100.000, dann sprechen wir von einer Verschuldung in der Höhe von knapp unter 300 Prozent des Jahreseinkommens. Bei einer öffentlichen Verschuldung, die über 100% der jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP) liegt, werden jedoch vielfach bereits die Alarmglocken geläutet. Viele BesitzerInnen eines Eigenheims wären mit Sicherheit froh, wenn ihre Schulden nur einem Jahresgehalt entsprechen würden.

*öffentliche
Schulden über-
borden nicht*

Grafik 3: Bruttoschuldenstand des Staates 2013 (in Prozent des BIP, konsolidiert)



Quelle: Eurostat 2015b

Grafik 3 zeigt, dass Österreich 2013 mit einem Bruttoschuldenstand in der Höhe von etwa 81 Prozent des Bruttoinlandsprodukts weit unterhalb einer Verschuldungsquote von 100 % gelegen ist. Und auch Griechenland, das ja besonders stark von der

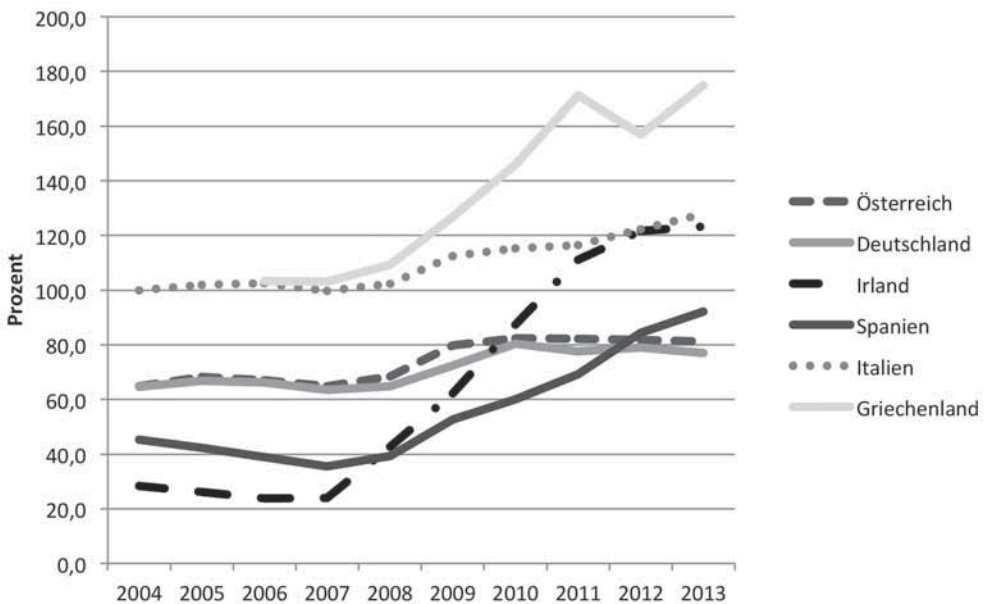
Sparpolitik betroffen war, weist eine Verschuldung in der Höhe von etwa 175 Prozent seiner Wirtschaftsleistung auf und liegt damit noch unterhalb vieler Personen, die ihr Eigenheim durch Kredite finanzieren.

3.4 Öffentliche Schulden sind erst im Zuge der Krise angestiegen

Die öffentlich diskutierten Wirkungszusammenhänge zwischen Schulden und Krise werden vielfach umgedreht. Nicht die Schulden haben in die Krise geführt, sondern die Krise hat die Schulden der Staaten ansteigen lassen. Im Zuge der Krise mussten die Staaten auf Einnahmen, z.B. aus der Einkommensteuer und anderen Ertragsteuern oder aus der Umsatzsteuer, verzichten. Gleichzeitig hatten sie jedoch gestiegene Ausgaben zu bewältigen, etwa für Arbeitslosigkeit und andere soziale Auffangnetze, die im Zuge der Krise vermehrt zum Tragen gekommen sind, oder aber auch in gigantischen Summen für die Bankenrettung und Konjunkturpakete.

die Krise hat Schulden der Staaten steigen lassen – nicht umgekehrt

Grafik 4: Entwicklung der staatlichen Bruttoschuldenstände (in Prozent des BIP, konsolidiert)



Quelle: Eurostat 2015b

Österreich hatte etwa im Vorkrisenjahr 2007 noch einen Bruttoschuldenstand von knapp unter 65 Prozent des BIP. Und auch Deutschland oder die besonders stark krisengeschüttelten Staaten Irland und Griechenland hatten nur Schuldenstände von etwa 64 Prozent (Deutschland), 24 Prozent (Irland) bzw. 103 Prozent (Griechenland) des jeweiligen BIP. Grafik 4 zeigt, dass die Schuldenstände – aus den oben diskutierten Gründen – erst mit 2008 und 2009 begonnen haben, erheblich zu steigen. Deshalb finden sie sich aktuell teils auf Höchstständen, die aber – wie in den vorherigen Punkten diskutiert – immer noch nicht zwingend problematisch sein müssen.

geringeres Wirtschaftswachstum führt zu höherer öffentlicher Verschuldung

Eine Interpretation, wonach hohe Staatsschulden die Krise verursacht haben, ist schlicht irreführend. Das bestätigt auch Watt (vgl. 2013). Er meint, ein geringes Wirtschaftswachstum bewirkt eine hohe öffentliche Verschuldung, nicht umgekehrt. Und auch Romer (vgl. 2011) verweist darauf, dass höhere Steuern und geringere Staatsausgaben einen negativen Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Produktion haben. Das hängt natürlich auch mit den in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hohen Multiplikatoren zusammen, die weiter unten diskutiert werden.

3.5 Abgabenquoten und Wachstumseffekte

Abgabenquoten sind international nur bedingt vergleichbar

Eine wesentliche Annahme in der öffentlichen wie auch politischen Diskussion ist jene, wonach sich ein aktiver Staat negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Die konservative Schlussfolgerung ist meist, den Staat durch Sparmaßnahmen zu verkleinern. Argumentativ stützt man sich dabei vielfach auf die Steuer- und Abgabenquote und es wird konstatiert, dass diese in Österreich viel zu hoch sei, was eine Last für das Wirtschaftswachstum bedeute. Die Abgabenquote darf jedoch nicht als Belastungsquote gesehen werden. Denn was der Staat nicht übernimmt, müssen die BürgerInnen privat finanzieren, was zudem oft deutlich teurer kommt. Der internationale Vergleich dieser Quoten ist demnach mit gewissen Schwierigkeiten behaftet, wie etwa die Finanzierung der öffentlichen Gesundheitsversorgung zeigt. Sie kann staatlich organisiert sein oder aber privat. Im ersteren Fall würde sie die Abgabenquote erhöhen, im zweiten Fall nicht. In beiden Fällen aber entstehen für die BürgerInnen Kosten. Eine Studie von Farny et al. (vgl. 2010), in der die Abgabenquote eines Staats um notwendige Zahlungen

für private Versorgung adaptiert wurde, ergab, dass Österreich im Mittelfeld der entwickelten OECD-Industriestaaten liegt.

Was die Quote jedenfalls nicht angibt, ist, wie viel Steuern jeweils von den Arbeitnehmern/Innen, von den KonsumentInnen, von den GewinnbezieherInnen und von den Vermögenden kommen. Sie zeigt insbesondere nicht die zu hohe Belastung der Löhne und Gehälter – wie sie zum Beispiel in Österreich Realität ist – auf. Zudem verdeutlichen die Ergebnisse der Studie von Farny et al (vgl. 2010), dass es keinen statistisch gesicherten negativen Zusammenhang zwischen Abgabenquoten und Wirtschaftswachstum gibt.

es gibt keinen Zusammenhang zwischen Ausgabenquote und Wirtschaftswachstum

3.6 Der Staat schafft Nachfrage

Der Staat ist ein wesentlicher Bestandteil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Auch deshalb ist der Befund der Studie von Farny et al. (vgl. 2010) keineswegs verwunderlich. Ein Rückbau des Staats führt speziell in Zeiten der Krise zu einem erheblichen Nachfrageeinbruch mit desaströsen Folgen für die gesamte Volkswirtschaft. In Abschnitt fünf und sechs im vorliegenden Artikel wird gezeigt, dass gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, durch zusätzliche Staatsausgaben und einen gut ausfinanzierten Sozialstaat Wachstum über Nachfragebelebung geschaffen werden kann.

der Staat belebt die Nachfrage

3.7 Staat und Freiheit

Ein schlanker Staat darf nicht mit mehr Freiheit für die Bevölkerung gleichgesetzt werden. Das ist jedoch vielfach der Fall. Viele (neo-) liberale Ökonomen (vgl. Hayek 1971, 1981 oder Friedman 1962) berufen sich in ihrer Arbeit ganz bewusst auf das Argument der Freiheit und konstatieren, dass ein ausgeprägter Staat die Freiheit der BürgerInnen einschränke. Aktuell zeigt sich der Rückgriff auf den Begriff der Freiheit auch in einer jährlich wiederkehrenden steuerpolitischen Diskussion rund um den „Tax Freedom Day“.

„Tax Freedom Day“ ist Angriff auf den Staat

Der Freiheitsbegriff ist aber schon seit dem 18. Jahrhundert ein politisches Spannungsfeld, in dem verschiedene AkteurInnen versuchen, die Definitionsmacht an sich zu reißen. Eine wesentliche Frage muss sein, für wen mehr Freiheit gefordert wird. Der „Tax Freedom Day“ reduziert Freiheit auf die Forderung nach weniger Verpflichtungen gegenüber der Welt und der

*erst Steuern und
Staat eröffnen
Freiheit für die
breite Masse*

Gesellschaft. Dabei wird ausgeblendet, dass die Debatte um die Frage der Grenzen der Freiheit und die Schädigung Dritter durch persönliche Freiheit ebenso alt ist wie der Begriff der Freiheit selbst. Ein unbeschränkter, unreflektierter und letztendlich egoistischer Freiheitsbegriff ist jedenfalls medial sehr einfach zu verkaufen. Die andere, viel wichtigere Frage, inwiefern ein aktiver Staat, Steuern und eine gerechte Verteilung Freiheit für viele Menschen erst ermöglichen, wird oft ausgeblendet. Aber erst der Sozialstaat garantiert auch für die Schwächeren in einer Gesellschaft ein Mindestmaß an Freiheit. Amartya Sen, Wirtschaftsnobelpreisträger und Harvard-Ökonom, hat in seiner Arbeit genau diesen Zusammenhang zwischen der Freiheit, nicht ökonomischen Zwängen ausgeliefert zu sein, sich zu entfalten und frei zu entscheiden, wie das eigene Leben zu gestalten ist, aufgezeigt. Und diese Freiheit kann im derzeitigen politischen System insbesondere durch Steuern und der aus Steuergerechtigkeit entstehenden gesellschaftlichen Umverteilung von Wohlstand entstehen, was natürlich in einer höheren Abgabenquote mündet. (vgl. Gerhartinger/Kepplinger 2013)

4. Ein falscher wissenschaftlicher Unterbau

*grobe Fehler und
falscher Befund
aus der Main-
streamökonomie*

Die Fehlinterpretation der Krise als Staatsschuldenkrise und der Trugschluss, wonach Sparen aus der Krise führte, bzw. ein Rückbau des Sozialstaats positive Wachstumseffekte habe, war keineswegs ein reines Versagen der Politik und im Speziellen konservativer Kräfte in der politischen Landschaft. Die politischen AkteurlInnen konnten sich in ihren Entscheidungen auf wissenschaftliche Befunde stützen. Viele dieser Befunde aus dem Bereich der Mainstreamökonomie haben sich jedoch im Nachhinein als falsch erwiesen. Manchen Arbeiten wurden sogar grobe Fehler nachgewiesen. Die folgenden drei Unterabschnitte diskutieren die Wesentlichsten dieser irreführenden wissenschaftlichen Grundlagen.

4.1 Fiskalmultiplikatoren unterschätzt: Sparen während der Krise desaströs

Ein zentraler Indikator zur Untersuchung und Prognose der Wirkung von Konjunktur- oder Sparpaketen auf das Wirtschaftswachstum ist der so genannte Multiplikatoreffekt der Fiskalpolitik (vgl. Gechert 2014). Die obige Diskussion hat bereits verdeutlicht,

dass der Staat im Wirtschaftskreislauf auch als wesentlicher Nachfrager auftritt und dass Investitionen in einer mittel- und langfristigen Perspektive betrachtet werden müssen, weil es auch zu sogenannten Zweitrundeneffekten kommt.

Konkret spiegelt der Fiskalmultiplikator wider, um wie viel Einheiten (Euro) sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) verändert, wenn sich die staatlichen Ausgaben oder aber die staatlichen Einnahmen um eine Einheit (Euro) verändern. Damit gibt der Multiplikator an, wie stark bzw. empfindlich die gesamte Wirtschaftsleistung eines Landes auf fiskalpolitische Änderungen reagiert. Umfasst die Fiskalpolitik eine Konsolidierung, deren Herzstück, wie weiter oben gezeigt wurde, meist und auch in Österreich den Rückbau des Sozialstaats umfasst, dann ist der Multiplikator ein Maß für die volkswirtschaftlich schädliche Wirkung der Konsolidierung (vgl. Gechert 2014). So bedeutet beispielsweise ein Multiplikator von 1,7, dass eine eingesparte Milliarde an öffentlichen Ausgaben zu einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes in der Höhe von 1,7 Milliarden führen würde. Umgekehrt würde eine zusätzlich investierte Milliarde (z.B. für Infrastrukturprojekte) das Bruttoinlandsprodukt um 1,7 Milliarden Euro steigen lassen.

Gechert (vgl. 2014) attestiert dabei, dass die Bandbreite der Ergebnisse hinsichtlich des Fiskalmultiplikators in der Literatur sehr groß ist. Er konstatiert, dass es – am unteren Ende der errechneten Ergebnisse – sogar vereinzelt Studien gibt, die negative Multiplikatoren finden. Ein negativer Fiskalmultiplikator deutet auf einen Schrumpfungseffekt durch expansive Maßnahmen bzw. einen Wachstumseffekt durch Sparmaßnahmen hin. Am anderen Ende finden sich jedoch Studien, die von sehr hohen positiven Fiskalmultiplikatoren ausgehen. Das würde bedeuten, dass sich Konjunkturpakete über ihre Beschäftigungs- und Wachstumswirkung und folglich steigende Steuereinnahmen zu einem guten Teil selbst finanzieren. Gleichzeitig bedeutet das aber auch im Umkehrschluss, dass Sparversuche an der selbstverursachten Wachstumsverlangsamung scheitern, während sie gleichzeitig mit hohen sozialen Kosten verbunden sind (vgl. Gechert 2014). Genau das sehen wir aktuell in weiten Teilen Europas.

große Bandbreite aus Fiskalmultiplikatoren

Die anerkannten IWF-Ökonomen Blanchard und Leigh (vgl. 2013) attestieren, dass speziell in der frühen Krisenzeit Fiskal-

Multiplikatoren in der Krise wurden substantiell unterschätzt

multiplikatoren von den PrognostikerInnen substantiell unterschätzt wurden. Sie meinen, dass es keinen für alle Zeit gültigen Multiplikator gibt, halten jedoch fest, dass die Multiplikatoren in der frühen Phase der Krise mit Sicherheit zu niedrig waren (sie lagen damals bei etwa 0,5; vgl. Csoka 2012). Für die spätere Krisenphase meinen Blanchard und Leigh (vgl. 2013), dass die tatsächlichen Multiplikatoren entweder zurückgingen oder die Prognosen realitätsnäher wurden.

Gechert (vgl. 2014) meint jedenfalls, dass die Zahl der ernsthaften akademischen Studien, die die Wirkung öffentlicher Ausgaben- und Einnahmenänderungen untersuchen, im Anstieg begriffen ist. Überwiegend kommen sie – so Gechert – heute zum Ergebnis, dass Ausgabenkürzungen (bzw. Konjunkturpakete) einen wesentlichen negativen (bzw. positiven) Einfluss auf Wachstum und Beschäftigung haben – insbesondere wenn sie Investitionen betreffen.

Diese Erkenntnis ist auch durchwegs plausibel. Schiman (vgl. 2013) erläutert, dass die Sparanstrengungen vor allem wegen der angespannten Wirtschaftslage, der Nullzinsschranke, gestiegener Kreditbeschränkungen und der mangelnden Zuversicht der Haushalte und Unternehmen stärkere negative Nachfrageeffekte als ursprünglich erwartet bewirkt haben. Die aus der schlechten Wirtschaftslage resultierenden Steuerausfälle haben einen wesentlichen Teil der Einsparungen zunichte gemacht, was den Ausschlag dafür gegeben hat, dass die Budgetziele nicht erreicht wurden, sich die Lage der Staatshaushalte weiter verschlechterte und die betroffenen Staaten mit einer weiteren Verschärfung der Sparmaßnahmen reagierten. Es handelt sich um einen Teufelskreis, der von Keynes bereits 1936 bezogen auf die Gesamtheit privater Haushalte als Sparparadoxon beschrieben wurde. Gesamtwirtschaftlich betrachtet ist Sparen schädlich (vgl. Botsch 2014). Zudem weist Schiman (vgl. 2013) darauf hin, dass die Fiskalpolitik im Wesentlichen in allen EU-Staaten gleichzeitig zurückgefahren wurde, was dazu führte, dass sich nicht nur die einzelnen nationalen Nachfragen verschlechterten, sondern auch die Export-Nachfragen zurückgingen. Der Großteil des Exports der EU-Staaten passiert jedoch innerhalb der EU. Am meisten, so Schiman, nahm die öffentliche Verschuldung in jenen Euroländern zu, die die radikalsten Sparprogramme umsetzten (vgl. hierzu auch Blanchard und Leigh 2013).

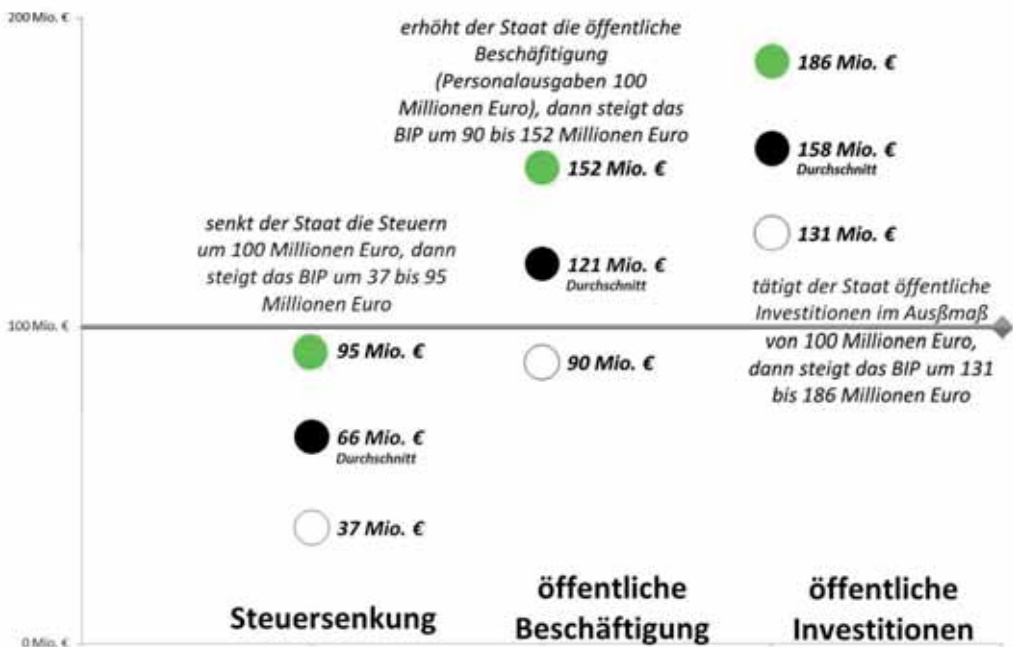
Sparparadoxon bereits von Keynes beschrieben

Letztlich hängt der jeweilige Multiplikator – wie bereits erwähnt – von der Art der fiskalischen Maßnahme ab. Eine Metastudie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat 104 internationale Studien zur Wirkung fiskalischer Maßnahmen mit Daten seit 1930 ausgewertet. Die Ergebnisse verdeutlichen erstens, dass die Ergebnisse je nachdem, ob es sich bei der gesetzten fiskalischen Maßnahme um eine Steuersenkung, zusätzliche öffentliche Beschäftigung oder öffentliche Investitionen handelt, stark differieren. Daneben ergeben sich aber auch im jeweiligen Maßnahmenbereich relativ große Bandbreiten. Die dunklen Kreise in Grafik 5 zeigen jeweils den durchschnittlichen Effekt einer Maßnahme. Die weißen und die hellen Kreise zeigen, wie die Werte im jeweiligen Bereich um den Durchschnitt streuen (Standardabweichung). Die dahinterliegenden Fiskalmultiplikatoren ergeben sich mittels Division durch 100: Der Steuermultiplikator beträgt rund 0,4 bis 0,9, der Beschäftigungsmultiplikator 0,9 bis 1,5 und der Investitionsmultiplikator rund 1,3 bis 1,8. Speziell im Bereich öffentlicher Investitionen ergeben sich also durchwegs Multiplikatoren, die um einiges über dem Wert von 1 liegen. Öffentliche Investitionen sind deswegen am wirksamsten, weil sie in weiterer Folge Private am meisten zu zusätzlichen Ausgaben (Investitionen) bewegen und in der ersten Runde keine Sparquoten existieren, die die Effekte schmälern (siehe Abschnitt 2.1). Dadurch übersteigen die Folgeeffekte den Ausgangsimpuls bei Weitem. Auch eine Steuersenkung wirkt sich positiv auf die Nachfrage aus (so erhöht z.B. eine Lohnsteuersenkung die Kaufkraft), bleibt von der Gesamtwirkung her aber deutlich unter dem Investitionsimpuls.

Multiplikator hängt von Art der Maßnahme ab

Investitionsmultiplikator ist am größten

Grafik 5: Wirkung niedrigerer Steuern und höherer Staatsausgaben auf das BIP



Quelle: AK-Grafik; IMK-Report 92, April 2014

Wirtschaftslage beeinflusst Multiplikatoren

Darüber hinaus lassen sich die unterschiedlich großen Multiplikatoren auch durch die jeweilige Wirtschaftslage erklären, in der die fiskalische Maßnahme gesetzt wird. Das verdeutlichen die Ergebnisse eines Arbeitspapiers des Internationalen Währungsfonds (IWF). Fiskalmultiplikatoren sind in Rezessionen beträchtlich größer als während Expansionen. So zeigt sich etwa, dass die Multiplikatoren einer Staatsausgabenkürzung in Zeiten wirtschaftlicher Expansion deutlich unter dem Wert von 1 liegen. In Zeiten der Rezession (wie in der aktuellen Krise) sind die Multiplikatoren jedoch um ein Vielfaches höher, sie liegen über dem Wert von 2. Damit zeigt sich, dass Sparpolitik in Zeiten der Rezession eine solche nur noch zusätzlich verschärft. Die Multiplikatoren bei Steuererhöhungen hingegen liegen jedenfalls unterhalb dem Wert von 1. Ungeklärt bleibt bei dieser Darstellung jedoch die Frage, um welche Steuern es sich handelt. So werden höhere Massensteuern den Wirkungen einer Staatsausgabenkürzung eher ähneln als ein Zuwachs vermögensbezogener Steuern, die nur eine kleine elitäre Bevölkerungsgruppe belangen.

Tabelle 3: Fiskal-Multiplikatoren im Euro-Raum

(kumulierte Wirkung)	Staatsausgaben-Kürzung während ...		Steuererhöhung (u./od. Transferkürzungen) während ...	
	... Rezession	... Expansion	... Rezession	... Expansion
nach 3 Monaten	-2,06	-0,41	-0,18	0,10
nach 1 Jahr	-2,56	-0,43	-0,35	0,20
nach 2 Jahren	-2,49	-0,07	-0,35	0,06

Quelle: Csoka 2012 nach IWF 2012

4.2 Staatsverschuldung und Wirtschaftswachstum: ein Henne-Ei-Problem!

Neben den – vor allem auch in den Prognosen zur Wirkung fiskalischer Maßnahmen und zum generellen Wirtschaftswachstum – zu niedrig angesetzten Fiskalmultiplikatoren waren auch wissenschaftliche Ergebnisse hinsichtlich der Wirkung der Staatsverschuldung auf das Wirtschaftswachstum falsch. Besonders fatal ist dies, zumal sich politische Entscheidungen während der Krise gerade auf diese gestützt haben. Im Speziellen handelt es sich dabei um ein Papier von Reinhart und Rogoff (vgl. 2010). Kilic (vgl. 2013) streicht hervor, dass nach der Veröffentlichung der Daten, die von den beiden Autoren für ihre Berechnungen herangezogen wurden, mehrere ÖkonomInnen (vgl. etwa Krugman 2013) schwerwiegende Fehler in den Analysen der beiden Autoren ans Tageslicht brachten (vgl. etwa Cohen-Setton 2013).

falsche Politikberatung

Durch eben diese Fehler wurde die gesamte Kernaussage, wonach eine hohe Staatsverschuldung für ein geringeres Wirtschaftswachstum verantwortlich sei, widerlegt. Die Fehlberatung der Politik konnte jedoch nicht rückgängig gemacht werden.

4.3 Wandel in den wirtschaftswissenschaftlichen Empfehlungen erkennbar

Neben der Arbeit von Reinhart und Rogoff (vgl. 2010) waren speziell Alesina et al. (vgl. 2002) – vor allem auch in der Europäischen Union – eine maßgebende wissenschaftliche Stütze für die politische Legitimation des extremen Konsolidierungspfades im Zuge der Krise. Kilic (vgl. 2013) verdeutlicht, dass die implizite Annahme der Autoren, Sparanstrengungen im öffentlichen Sektor

regen Private dazu an, mehr auszugeben, und führen so zu mehr Wirtschaftswachstum, falsch ist. Bereits die obige Diskussion zu den Fiskalmultiplikatoren hat verdeutlicht, dass Berechnungen der Multiplikatoren immer gewissermaßen vage bleiben und mit Vorsicht interpretiert und für weitere Berechnungen verwendet werden sollten. Dennoch herrschte in der EU-Kommission der Glaube vor, wie Heimberger (vgl. 2014) in Bezug auf ein Papier der EU-Kommission (vgl. 2010) verdeutlicht, dass ein strenger Sparkurs in der ganzen EU einerseits die zügige Konsolidierung der Staatshaushalte auf den Weg bringen und andererseits ohne massive Wohlstandsverluste möglich sein würde, da zur Stabilisierung der Konjunktur keine weiteren beschäftigungsfördernden Maßnahmen nötig seien. Zur Rechtfertigung der Sparpolitik, so Heimberger (vgl. 2014) weiter, diene im Rahmen der Prognosen der Kommission wiederum ein Papier von Alesina (vgl. 2010) zur fiskalischen Regulierung mit der Hypothese, dass eine Budgetkonsolidierung zu expansiven Effekten führe.

trotz neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse hält konservative Politik an der Austeritätspolitik fest

Trotz der eben diskutierten Fehler und Fehleinschätzungen aus dem Bereich der Mainstreamökonomie (allem voran jenen von Alesina und Kollegen, sowie Reinhart und Rogoff) und ungeachtet der großen Zahl an wissenschaftlichen Beiträgen, die positive und stabilisierende Effekte expansiver fiskalischer Staatseingriffe in Krisenzeiten einerseits und negative Folgen einer frühzeitigen öffentlichen Sparpolitik andererseits attestieren, scheinen konservative Kräfte in der EU, allem voran die deutsche Bundesregierung, am harten Sparkurs in der EU festzuhalten. Spannend wird gerade aktuell der Ausgang der Bemühungen der neuen griechischen Links-Regierung, die Sparauflagen der Troika umzuwerfen oder zumindest abzuschwächen.

In Österreich spiegelt sich in der aktuellen Debatte rund um die Gegenfinanzierung einer Lohnsteuersenkung hingegen auf Seiten konservativer Kräfte ein Festhalten an der Kürzungspolitik wider, denn die von konservativer Seite geforderten Einsparungen zielen auch auf einen neuerlichen Rückbau des Staates ab.

5. Sozialstaat als Garant für (wirtschaftliche) Stabilität

Nachdem in den bisherigen Abschnitten dieses Artikels dargelegt wurde, dass staatliche Aktivitäten kein wirtschaftliches Hemmnis

darstellen und auch öffentliche Schulden keinesfalls automatisch negative Wachstumseffekte haben, sollen in diesem Abschnitt (wie auch im folgenden) die positiven Effekte eines aktiven Staats gezeigt werden. Ein besonderes Augenmerk wird speziell in diesem Abschnitt auf die automatischen Stabilisatoren eines ausgeprägten Sozialstaats gelegt. Denn gerade der Sozialstaat hat viele Auswirkungen der Krise abgefedert und eine gänzliche Entfaltung der Krisenfolgen verhindert. Österreich ist deutlich besser durch die Krise gekommen als viele andere Mitgliedsländer der Eurozone. Das Sozialsystem dämpfte die Krisenfolgen für Betroffene und federte den gesamtwirtschaftlichen Konjunkturbruch ab.

*aktiver Staat
hat viele
positive Effekte*

Kilic (vgl. 2013) verdeutlicht, dass im Vergleich zur Massenarbeitslosigkeit und der zerstörerischen Rezession der 30er-Jahre der Verlauf der aktuellen Krise günstiger ist, was er zu einem großen Teil eben dieser stabilisierenden Funktion des Staates zuschreibt, die in den 1930er-Jahren noch kaum ausgebaut war. Ein hoher Staatsanteil an der Wirtschaft, entwickelte Sozialstaaten und die Bereitschaft in den Wirtschaftskreislauf aktiv und antizyklisch einzugreifen, haben ein Abgleiten in eine Depression verhindert, so Kilic weiter (vgl. 2013). In der Krise zeichneten sich besonders die skandinavischen Sozialstaaten, wie z.B. Schweden oder Dänemark, gegenüber den südeuropäischen und angelsächsischen aus. In diesen Staaten gehen sozialstaatliche Leistungen weit über ein Absichern von sozial Schwächeren hinaus (vgl. Kilic 2013), aber auch in Österreich haben automatische Stabilisatoren wesentlich dazu beigetragen, die Krise zu dämpfen.

*Sozialstaaten
verhinderten
noch größere
Wirtschafts-
einbrüche*

Auch Leoni, Marterbauer und Tockner (vgl. 2011) meinen, dass antizyklische Wirtschaftspolitik in den Krisen Jahren 2009 und 2010 die Krise in Österreich abgefedert hat. Unter antizyklischer Politik verstehen sie dabei nicht nur zusätzliche klassische krisenbedingte staatliche Nachfrage in Form von Investitionen und Konjunkturpaketen. Insbesondere hat in der letzten Krise auch die Sozialpolitik eine wichtige Rolle gespielt, so die Autoren. Sie differenzieren dabei in drei Wirkkategorien. Darunter finden sich die – bereits erwähnten – automatischen Stabilisatoren, zweitens so genannte diskretionäre Maßnahmen und drittens die Stabilisierung der Erwartungen privater Haushalte.

*automatische
Stabilisatoren
und diskretionäre
Krisenmaßnahmen helfen auch
Österreich durch
die Krise*

Auch in Österreich wurde die ganze Palette dieser Maßnahmen bedient. Die Arbeitslosigkeit wurde in Österreich beispielsweise mittels Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen, Ausbau der geförderten Kurzarbeit oder Ausbau der Bildungskarenz in Grenzen gehalten – allesamt diskretionäre Maßnahmen. Die Einkommensverluste und dadurch fallende Kaufkraft jener Menschen, die der Arbeitslosigkeit nicht entkommen konnten, wurden teilweise durch die Arbeitslosenversicherung abgedeckt, ein wesentlicher automatischer Stabilisator, nachdem hierfür keine expliziten politischen Entscheidungen zum Zeitpunkt der Krise notwendig waren. Die von der Gesamtheit der automatischen Stabilisatoren und der diskretionären Krisenmaßnahmen ausgehende Stabilisierung bewirkte zudem, dass die Einkommensunsicherheit nicht zu sehr zunahm. Erhöhte Einkommensunsicherheit führt dazu, dass die Menschen ihre Spartätigkeit erhöhen. Nimmt dieses Sparen überhand, verschärft sich die Krise weiter: weniger Konsumausgaben – weniger Produktion – weniger Beschäftigung (vgl. Armutsnetzwerk OÖ 2014). Die Erwartungen konnten jedoch in Österreich bislang scheinbar relativ stabil gehalten werden. Die Sparquote ist seit der Krise sogar leicht gesunken (vgl. Statistik Austria 2014). Berücksichtigt man die Tatsache, dass „sich die Einkommensverteilung zu Lasten der ‚konsumfreudigen‘ Arbeitseinkommen und zugunsten der ‚sparfreudigen‘ Vermögenseinkommen verschoben“ (Marterbauer 2010) hat, was insgesamt die Sparquote steigern müsste, dann erscheint die leichte Abnahme der Sparquote in Österreich u.a. durch die Verschiebungen in der Einkommensverteilung nicht größer ausgefallen zu sein.

In den folgenden drei Unterabschnitten wird nun auf jede der drei Wirkungskategorien, wie sie bei Leoni, Marterbauer und Tockner (vgl. 2011) dargestellt werden, kurz eingegangen.

5.1 Sozialpolitik als automatische Stabilisatoren

*Sozialstaat
unterstützt durch
automatische
Stabilisatoren*

Wenn in einer Rezession Einkommen und Beschäftigung sinken, dann löst das automatisch einen Rückgang der Abgabeneinnahmen und einen Anstieg der Transferzahlungen des Staates aus. Dabei handelt es sich um eine sehr kurzfristige und unmittelbare Wirkung. Diesen Entwicklungen muss, um ein Absinken der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu verhindern oder diese abzuschwächen, schnellstmöglich entgegengewirkt werden. Diese Funktion können die automatischen Stabilisatoren der Sozialpolitik

übernehmen (vgl. Leoni, Marterbauer und Tockner 2011). „Sie variieren den Umfang der staatlichen Einnahmen oder Ausgaben gegenläufig zum Konjunkturverlauf. Auf diese Weise erhöhen sie in Krisenzeiten die privaten Einkommen und stabilisieren wirksam über die Nachfrageseite den Wirtschaftskreislauf“ (Kilic 2013).

Wichtigstes ausgabenseitiges Element ist dabei die Arbeitslosenunterstützung. Je größer die Ersatzrate (sie bestimmt den Anteil des letzten Einkommens, der durch die Arbeitslosenversicherung ausgeglichen wird) und je länger die Bezugsdauer (speziell bei länger andauernden Krisen), desto besser die stabilisierende Wirkung. Zudem fungieren die Kranken- und Pensionsversicherung und andere Sozialtransfers als automatische Stabilisatoren. (vgl. Leoni, Marterbauer und Tockner 2011)

Arbeitslosenunterstützung ist wichtiger Stabilisator

Zahlreiche Studien zur Wirksamkeit automatischer Stabilisatoren zeigen, dass die Größe des Staatssektors gemessen an der Abgaben- und Ausgabenquote entscheidend ist. Je höher der Staatsanteil, desto stärker die Glättung der Einkommensentwicklung (durch automatische Stabilisierung) und damit die Dämpfung möglicher negativer Nachfrageeffekte. (vgl. Leoni, Marterbauer und Tockner 2011)

je größer der Staatsanteil, desto geringer negative Nachfrageeffekte

Aber auch vom Progressionsgrad des Steuersystems hängt die Stärke der stabilisierenden Wirkung eines Sozialsystems ab. Je höher die Progression, desto stärker die Stabilisierung. Dementsprechend haben direkte Steuern eine größere Wirkung als SV-Abgaben und Verbrauchssteuern, die (zumindest in Österreich) regressiv wirken. (vgl. Leoni, Marterbauer und Tockner 2011)

Starke Unterschiede hinsichtlich der Stabilisierungseffekte gibt es innerhalb der EU. Ausgeprägt sind sie z.B. in Belgien, Deutschland, Schweden und Österreich. Wenig ausgeprägt sind sie in Süd- und Osteuropa. Insgesamt aber hat die EU ausgeprägtere Stabilisierungseffekte als die USA. (vgl. Leoni, Marterbauer und Tockner 2011)

5.2 Krisendämpfung durch sozialpolitische diskretionäre Maßnahmen

Neben den automatischen Stabilisatoren haben auch außertourlich verabschiedete Krisenmaßnahmen, so genannte diskreti-

*Sozialpolitik
auch im Rahmen
diskretionärer
Maßnahmen
bedeutend*

onäre Maßnahmen, stark krisendämpfende Effekte. Und auch dabei können sozialpolitische Maßnahmen eine wesentliche Rolle spielen. Die Vorteile diskretionärer Maßnahmen liegen in den größeren Volumina, die diese oft umfassen, und in der verbesserten öffentlichen Wahrnehmung (politisches Marketing). Denn automatische Stabilisatoren werden nicht unmittelbar als Krisenmaßnahme in der Bevölkerung wahrgenommen, diskretionäre Maßnahmen hingegen eher. Dem stehen jedoch einige Nachteile gegenüber. Ein wesentlicher Nachteil liegt in der oft erheblichen Zeitverzögerung, mit der diskretionäre Maßnahmen getroffen werden und auch ihre Wirkung entfalten. Vieles muss erst langwierige politische Entscheidungsprozesse durchlaufen. Anschließend können auch die Umsetzung und das Einsetzen der Wirkung mit Verzögerungen verbunden sein. Zudem zeigte sich in der aktuellen Krise, dass diskretionäre Maßnahmen vor allem einnahmenseitig getroffen wurden. Die stärkeren Effekte ergeben sich jedoch durch direkte Ausgaben, wie öffentliche Investitionen (siehe Abschnitt 4.1). Diese jedoch wirken oft mit besonders großer Zeitverzögerung. Demgegenüber zeigen Steuersenkungen und Transfererhöhungen geringere Wirkung.

5.3 Stabilisierung der Erwartungen

*Sozialstaat sta-
bilisiert auch die
Erwartungen*

Neben diesen beiden oben diskutierten Wirkkategorien führen staatliche Krisenmaßnahmen wie auch die automatischen Stabilisatoren zusätzlich dazu, dass sie die Erwartungshaltung der privaten Haushalte beruhigen. So wird verhindert, dass die privaten Haushalte beginnen, vorsichtshalber zu sparen, was eine übliche Reaktion auf negative Erwartungen ist.

Dabei gilt: Je passgenauer die Maßnahmen auf GeringverdienerInnen zugeschnitten sind, desto nachfragebelebender bzw. stabilisierender wirken sie. Sozialpolitik hat zudem den Vorteil, dass sie tendenziell besonders jene begünstigt, die am härtesten von Krisen getroffen werden.

6. Öffentliche Investitionen für mehr Wachstum

Neben automatischen Stabilisatoren und sozialpolitischen diskretionären Maßnahmen können vor allem auch öffentliche Investitionen und Konjunkturpakete besonders sinnvoll sein zur Krisenbekämpfung, wie auch die Diskussion zu den Fiskalmul-

tiplikatoren gezeigt hat. Die EU-Budgetrestriktionen müssen deswegen dringend überdacht werden. Marterbauer (vgl. 2014) verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass öffentliche Investitionen die Produktion und Beschäftigung sowohl kurzfristig als auch langfristig erhöhen. Wie bereits weiter oben erwähnt, sollen aufgrund der langfristigen positiven Wirkungen öffentlicher Investitionen in diese auch über Generationen finanziert werden. Genau deshalb, so Marterbauer weiter, muss im Rahmen der Leitlinien der Budgetpolitik die Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen durch die Einführung einer sogenannten „goldenen Regel“ der Fiskalpolitik ermöglicht werden.

EU-Budgetrestriktionen müssen überdacht werden

Aus Sicht der ökonomischen Theorie – so Marterbauer (vgl. 2014) – sei die Lage klar, denn öffentliche Investitionen haben über Generationen hinweg positive Wirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung. Würden sie nur durch laufende Steuern finanziert werden, würden die heutigen Generationen die gesamten Investitionskosten zahlen, während zukünftige Generationen profitieren würden. Eine reine Steuerfinanzierung großer Infrastrukturprojekte wäre also ökonomisch ineffizient, was zu geringerer Investitionstätigkeit als notwendig führen würde. Genau diese Zusammenhänge sind auch der Grund dafür, so Marterbauer weiter, warum die Finanzwissenschaft die Einhaltung einer „goldenen Regel der Budgetpolitik“ empfiehlt.

Aufnahme der goldenen Regel der Budgetpolitik erforderlich

Was genau ist darunter zu verstehen? Es geht darum, dass öffentliche Neuverschuldung im Ausmaß der Höhe der öffentlichen Investitionen im fiskalischen Regelwerk der EU erlaubt werden sollte. Eine solche Regelung kann dazu beitragen, die kurz- und langfristigen Probleme der aktuellen Budgetpolitik zu entschärfen. Die Mitgliedstaaten würden nicht mehr – wie aktuell der Fall (siehe Abschnitt 2) – zu einer beschäftigungsfeindlichen Fiskalpolitik gezwungen werden, sie könnten gesamtwirtschaftlich wertvolle Investitionen tätigen und so das Potential der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung stärken, ohne die grundlegenden Zielsetzungen des Fiskalpakts zu vernachlässigen (vgl. Marterbauer 2014).

Zwang zu beschäftigungsfeindlicher Fiskalpolitik beenden

So lässt sich durch öffentliche Investitionen und das resultierende Wirtschaftswachstum die aktuell so hohe Arbeitslosigkeit bekämpfen. Speziell in Bezug auf Österreich meint Marterbau-

er (vgl. 2010), dass gemäß der „Faustregel“ der empirischen Wirtschaftsforschung für Österreich eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums um einen Prozentpunkt zu einem Anstieg der Beschäftigung um $\frac{1}{2}$ % und zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote um knapp $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt führt. Gleichzeitig bringt die Beschleunigung auch einen Anstieg der Staatseinnahmen um etwa 1% und einen Rückgang des Budgetdefizits um knapp $\frac{1}{2}$ % des BIP mit sich (siehe 4.1).

7. Fazit und Diskussion

*neoliberale
Wirtschaftspoli-
tik führt Europa
immer tiefer in
die Krise*

Die Ausführungen in diesem Artikel haben gezeigt, dass die aktuelle europäische Wirtschaftspolitik einem – bewussten oder unbewussten – Fehlschluss unterliegt. Die betriebene Spar- bzw. Austeritätspolitik führt Europa nur noch tiefer in die Krise, ein Umlenken der maßgebenden politischen AkteurInnen ist deshalb unbedingt notwendig. Die Notwendigkeit eines Umlenkens verdeutlicht allem voran die Tatsache, dass auch wissenschaftliche Befunde revidiert wurden, welche der Politik als Entscheidungsgrundlage dienen. Aber auch darüber hinaus scheint ein Umdenken in Bezug auf den starken Fokus der europäischen Politik auf „Sparen“ erkennbar, zumindest außerhalb der starken konservativen politischen Kräfte innerhalb der EU. So haben etwa internationale Organisationen wie die OECD – die durchwegs dem konservativen Lager zuzurechnen ist – bereits eine Abkehr vom strengen Sparkurs empfohlen (vgl. Schlager 2014), und auch der Internationale Währungsfonds relativiert zunehmend seine fundamentalen Ansichten (zumindest im operativen Bereich). Mit dem IWF handelt es sich immerhin um einen der drei Vertreter der Troika, die den strengen Sparkurs maßgebend getragen hat. Und auch die Verteilungsfrage bekommt zunehmend ein größeres Gewicht im öffentlichen Diskurs. So hat etwa – neben dem französischen Starökonom Piketty – der Währungsfonds in einer Studie aus dem Jahr 2014 („Redistribution, Inequality, and Growth“, vgl. Ostry/Berg/Tsangarides 2014) darauf verwiesen, dass Ungleichheit sich nicht nur negativ auf das soziale Gefüge einer Gesellschaft auswirkt, sondern meist auch die Wachstumsaussichten einer Volkswirtschaft beeinträchtigt. Schlager (vgl. 2014) verdeutlicht, dass sich der Währungsfonds damit mehreren kritischen Studien anschließt, die in den letzten Jahren auf massive Fehlentwicklungen in der internationalen

*Umbruch bei
internationalen
Organisationen
spürbar*

Verteilungspolitik hingewiesen haben. Zudem sieht Schlager (vgl. 2014) darin einen weiteren Beleg dafür, dass sich nur Reiche einen „schlanken Staat“ leisten können.

Besonders tragisch an der Sparpolitik ist der – wie im zweiten Abschnitt gezeigt – damit einhergehende Rückbau des Sozialstaats. Volkswirtschaftlich betrachtet führt sie genau zu den gegenteiligen Effekten dessen, was man vorgibt erreichen zu wollen. Die obigen Ausführungen haben gezeigt, dass ein ausgeprägter Sozialstaat einen krisenbedingten Wirtschaftseinbruch erheblich zu dämpfen vermag. Österreich ist dafür nur ein Beispiel von vielen. Vergessen darf aber – neben den positiven volkswirtschaftlichen Effekten eines gut ausgebauten Sozialstaats – auch seine wichtigste Aufgabe nicht werden: der soziale Ausgleich und die Bereitstellung sozialer Sicherheit. Keinesfalls kommt dem Sozialstaat dabei ausschließlich oder auch vorwiegend eine umverteilende Funktion „Von oben nach unten“ zu. Bock-Schappelwein, Eppel und Mühlberger (vgl. 2009) meinen, der größte Teil sozialstaatlicher Leistungen zielte auf eine horizontale Umverteilung ab. Damit ist der Einkommensausgleich über den Lebenszyklus und die Abmilderung sozialer Risiken (Krankheit, Unfall, Behinderung, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit, Alter) gemeint. Und genau Teile dieser Elemente wirken auch in volkswirtschaftlicher Betrachtung positiv als automatische Stabilisatoren.

*Austeritätspolitik:
„devil in disguise“*

Eine Denkmkehr in der europäischen Wirtschaftspolitik ist also dringend erforderlich. Letztlich hängt eine solche natürlich auch von den bestehenden Kräfteverhältnissen innerhalb der Europäischen Union ab – sowohl, was die politischen Verhältnisse in den einzelnen Nationalstaaten und damit im Rat der Europäischen Union, als auch, was die politischen Verhältnisse in der Kommission und im europäischen Parlament anbelangt. Ein sozialeres Europa muss das langfristige Ziel sein. Gelingt eine solche Denkmkehr nicht, droht sich die Krise weiter zu vertiefen. Jedenfalls werden ohne eine Abkehr vom strikten Sparkurs, ohne zusätzliche öffentliche Investitionen und ohne ein Bekenntnis zu Beibehaltung und Ausbau des Sozialstaats positive Wachstumsprognosen (abgesehen von den chronisch zu optimistischen langfristigen Prognosen) noch lange auf sich warten lassen.

*Denkmkehr
auch in der
europäischen
Wirtschaftspolitik
erforderlich*

Anmerkungen

1. Für die kritische Durchsicht und wertvolle Anmerkungen danke ich Mag.^a Bettina Csoka und Mag. Franz Gall.
2. Als Washington Consensus wird ein Bündel wirtschaftspolitischer Maßnahmen bezeichnet, die Regierungen zur Förderung von wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum durchführen sollten. Er ist als politisches Programm der hegemonialen wirtschaftspolitischen Kräfte in den USA in den 1980er-Jahren anzusehen und wurde lange Zeit von Internationalem Währungsfonds und Weltbank propagiert und gefördert. Im Wesentlichen umfasste der Washington Consensus eine umfassende Politik der Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und Entbürokratisierung, die vielfach ungeachtet der tatsächlichen spezifischen Begebenheiten eines Staates verordnet wurde.
3. Die Analysen der Verteilungswirkung greifen auf Berechnungen von Mag. Franz Gall (Arbeiterkammer OÖ) zurück, dem hierfür mein Dank gebührt.

Literatur

- Alesina, A. (2010): Fiscal adjustments: lessons from recent history. Paper Prepared for the Ecofin meeting in Madrid, April 15 2010.
- Alesina, A. / Ardagna, S. / Perotti, R. / Schiantarelli, F. (2002): Fiscal Policy, Profits, and Investment. In: American Economic Review, S. 571-589.
- Arbeiterkammer OÖ (2015): EU Newsletter. Warum kam Griechenland bis jetzt nicht aus der Krise? URL: http://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaftspolitikundeu/europaeische_union/Griechenland__Kuerzungspolitik_in_der_Sackgasse.html (Download: Februar 2015)
- Armutsnetzwerk OÖ (Hrsg.) (2014): Warum wir den Sozialstaat brauchen. Leseheft 5, Mai 2014.
- Blanchard & Leigh (2013): Growth Forecast Errors and Fiscal Multipliers. In: IMF Working Paper, WP/13/1.
- Bock-Schappelwein, J. / Eppel, R. / Mühlberger, U. (2009): Sozialpolitik als Produktivkraft. In: WIFO Monatsberichte, 11/2009, S. 845-857.
- Botsch, A. (2014): Hypokritische und hippokratische Wirtschaftspolitik in Europa. In: Blog Arbeit & Wirtschaft, 30. Juli 2014. URL: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/hypokritische-und-hippokratische-wirtschaftspolitik-in-europa/> (Download: Februar 2015)
- Cohen-Setton, J. (2013): Blogs review: The Reinhart and Rogoff debacle.
- Csoka, B. (2012): Fiskalpolitik zwischen Stabilisierung und Selbstmord. In: WISO 2012/4, S. 119-132.
- EU-Kommission (2010): Public Finance in EMU – 2010. In: European Economy 4/2010.
- EUROSTAT (2015a): Datenbank, langfristige Zinssätze. URL: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/interest-rates/database> (Download: Februar 2015)
- EUROSTAT (2015b): Datenbank, langfristige Zinssätze. URL: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/government-finance-statistics/data/database> (Download: Februar 2015)
- Farny, O. / Innreiter, P. / Lunzer, G. / Mühlböck, V. / Saringer, M. (2010): Führen höhere Abgabenquoten zu geringerem Wirtschaftswachstum? Wien: Arbeiterkammer Wien.
- Friedman, M. (1962): Kapitalismus und Freiheit. Frankfurt am Main: Eichborn Verlag.
- Gechert, S. (2014): Mehr Beschäftigung durch höhere öffentliche Ausgaben? In: Blog Arbeit & Wirtschaft, 6. Juni 2014. URL: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/mehr-beschaefigung-durch-hoehere-oeffentliche-ausgaben/> (Download: Februar 2015)
- Gerhartinger, P. / Kepplinger, L. (2013): Der „Tax Freedom Day“ – ein Seiten-

hieb auf den Wohlfahrtsstaat. In: Blog Arbeit & Wirtschaft, 1. August 2013. URL: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/der-tax-freedom-day-ein-seitenhieb-auf-den-wohlfahrtsstaat/> (Download: Februar 2015)

- Hayek, F.A. von (1971): Die Verfassung der Freiheit. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Hayek, F.A. von (1981): Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 3. Die Verfassung einer „Gesellschaft freier Menschen“. Landsberg am Lech: Verlag moderner Industrie.
- Heimerger, P. (2014): Verfehlte Annahmen, verheerende Ergebnisse: Zur Politik der Europäischen Kommission. In: Blog Arbeit & Wirtschaft, 23. Jänner 2014. URL: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/verfehlte-annahmen-verheerende-ergebnisse-zur-politik-der-europaeischen-kommission/> (Download: Februar 2015)
- Hermann, C. / Hinrichs, K. (2012): Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sozialstaaten und Arbeitsbeziehungen – ein europäischer Rundblick. Wien: Arbeiterkammer Wien.
- Keynes, J.M. (1936): The general theory of employment, interest and money. Palgrave Macmillan.
- Kilic, A. (2013): Neoliberale Spardoktrin führt weiter in die Krise. In: Blog Arbeit & Wirtschaft, 8. November 2013. URL: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/neoliberale-spardoktrin-fuehrt-weiter-in-die-krise/> (Download: Februar 2015)
- Leoni, T. / Marterbauer, M. / Tockner, L. (2011): Die stabilisierende Wirkung der Sozialpolitik in der Finanzmarktkrise. In: WIFO Monatsberichte, 3/2011, S. 187-198.
- Marterbauer, M. (2010): Budgetkonsolidierung in Zeiten verminderter Erwartungen. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 2010/3, S. 299-322.
- Marterbauer, M. (2014): Öffentliche Investitionen ermöglichen. In: Blog Arbeit & Wirtschaft, 27. Februar 2014. URL: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/oeffentliche-investitionen-ermoeneglichen/> (Download: Februar 2015)
- Ostry, J.D/Berg, A. / Tsangarides, C.G. (2014): Redistribution, Inequality, and Growth. Staff Discussion Notes No. 14/2, Internationaler Währungsfonds.
- Piketty, T. (2015): Das Kapital im 21. Jahrhundert. C.H. Beck.
- Pühringer, S. (2014): Kontinuitäten neoliberaler Wirtschaftspolitik in der Krise. Die Austeritätsdebatte als Spiegelbild diskursiver Machtverwerfungen innerhalb der Ökonomik. ICAE Working Paper, 2014/30.
- Pühringer, S. / Hirte, K. (2014): Ökonominnen und Ökonomie in der Krise?! Eine diskurs- und netzwerkanalytische Sicht. In: WISO 2014/1, S. 159-178.
- Reinhart, C.M. / Rogoff, K.S. (2010): Growth in a Time of Debt. In: American Economic Review, Paper and Proceedings, 100(2), S. 573-578.
- Romer, C. (2011): What do we know about the effects of fiscal policy? In: Lecture, Hamilton College.
- Schiman, S. (2013): Der Euroraum in der Nachfragefalle. In: Blog Arbeit & Wirtschaft, 27. März 2013. URL: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/der-euroraum-in-der-nachfragefalle/> (Download: Februar 2015)
- Schlager, U. (2014): OECD: Sparkurs trifft die sozial Schwächsten. In: Blog Arbeit & Wirtschaft, 15. April 2014. URL: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/oecd-sparkurs-trifft-die-sozial-schwaechsten/> (Download: Februar 2015)
- Statistik Austria (2014): Einkommen und Sparen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, 1995-2013. URL: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/nichtfinanzielle_sektorkonten/jahresdaten/index.html (Download: Februar 2015)
- Stiglitz, J. (2004): Die Schatten der Globalisierung. Goldmann Verlag.
- Watt, A. (2013): Reading Reinhart-Rogoff On Reinhart-Rogoff. In: Social Europe Journal, 2013.

- Krugman, P. (2013): Austerität: Der Einsturz eines Glaubensgebäudes. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. URL: <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2013/juli/austeritaet-der-einsturz-eines-glaubensgebaeudes> (Download: Februar 2015)
- Schulmeister, S. (2012): EU-Fiskalpakt: Strangulierung von Wirtschaft und Sozialstaat. URL: http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/120613_stephan_schulmeister_fiskalpakt-strangulierung_von_wirtschaft_und_sozialstaat.pdf (Download: Februar 2015)
- Angelo, S. / Marterbauer, M. / Mozart, I. / Rossmann, B. / Schratzenstaller, M./Templ, N. (2004): Ein alternativer Stabilitäts- und Wachstumspakt. Vorschläge für ein neues fiskalpolitisches Regime. In: Arbeiterkammer Wien (Hrsg.): Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, Nr. 91.
- Oberndorfer, L. (2012): Der Fiskalpakt – ein weiterer Schritt in Richtung Entdemokratisierung. In: Infobrief EU & Internationales, 1/2012.

WISO

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinandergesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
 Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
 Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEin*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
 Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
 Tel. ++43/732/66 92 73
 Fax ++43/732/66 92 73-28 89
 E-Mail: wiso@isw-linz.at
 Internet: www.isw-linz.at